



HESSISCHER LANDTAG

14. 11. 2017

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Steuerhinterziehung bekämpfen, aggressive Steuervermeidungsstrategien eindämmen - "Paradise Papers" belegen Notwendigkeit weiterer nationaler und internationaler Maßnahmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag hebt deutlich hervor, dass Steuerhinterziehung eine Straftat ist und mit den Mitteln des Rechtsstaats entschieden bekämpft werden muss. Sie mindert das Steueraufkommen und schädigt damit das Gemeinwesen. Die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung sorgt zudem für mehr Steuergerechtigkeit. Der Landtag stellt außerdem fest, dass auch aggressive Steuervermeidungsstrategien ein Akt mangelnder Solidarität gegenüber der Gesellschaft darstellen und obwohl sie am Rande der Legalität operieren, ebenfalls dem Ziel der Steuergerechtigkeit widersprechen und damit nicht legitim sind. Moralisch fragwürdige Steuervermeidungsstrategien von multinationalen Konzernen und einzelnen Privatpersonen mindern das Steueraufkommen jährlich um Milliardenbeträge. Es widerspricht dem Prinzip der Steuergerechtigkeit bzw. fairen Wettbewerbsbedingungen, wenn sich Bürgerinnen und Bürger sowie kleine Handwerksbetriebe in erheblichem Umfang über ihre Steuern an der Finanzierung staatlicher Leistungen beteiligen, während internationale Konzerne mit Hilfe von Offshore-Kanzleien allenfalls im Promillebereich Steuern entrichten. Wer die Vorzüge des Rechts- und des Sozialstaates sowie der staatlich finanzierten Infrastruktur genießt und daraus privaten oder unternehmerischen Nutzen zieht, muss sich auch entsprechend seiner Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen und angemessene Steuern entrichten.
2. Der Landtag betont, dass die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung und -vermeidung nur im engen internationalen Verbund gelingen kann. Daher begrüßt er die in Folge der Enthüllungen um die "Panama Papers" ergriffenen Maßnahmen des Bundes, den internationalen Druck gegen aggressive Steuergestaltung weiter zu erhöhen, die Transparenz bei finanziellen Auslandsbeziehungen zu steigern und den Informationsaustausch zwischen den Staaten weiter auszubauen. Die jetzt bekannt gewordenen "Paradise Papers" machen allerdings deutlich, dass der internationale Druck auf Offshore-Finanzplätze und deren Unterstützer bei weitem noch nicht ausreicht und weitere Maßnahmen notwendig sind. So ist ein weltweites Register der wirtschaftlich begünstigten Personen hinter Unternehmenskonstruktionen erforderlich. Das bereits auf EU-Ebene beschlossene Register ist sinnvoll, stellt aber gleichwohl nur einen ersten Schritt zu einer internationalen Lösung dar. Neben der Erfüllung der Transparenzkriterien sollten sich die Staaten auf die Erfüllung von Mindeststandards bei der Unternehmensbesteuerung verständigen. Dabei muss als Leitlinie gelten: Gewinne sollten dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Innerhalb der EU ist neben gemeinsamen Regeln zur Ermittlung einer einheitlichen Bemessungsgrundlage auch ein einheitlicher Mindeststeuersatz für die Körperschaftsteuer notwendig.
3. Der Landtag ist davon überzeugt, dass internationale Einrichtungen wie EU und OECD beim Kampf gegen Steuerhinterziehung und aggressiven Steuervermeidungsstrategien eine Schlüsselrolle einnehmen. So begrüßt er ausdrücklich den Aktionsplan der OECD gegen die Aushöhlung der Steuerbasis und die Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting - BEPS). Dieser sieht unter anderem Offenlegungspflichten für die Anbieter von Steuersparmodellen vor, um aggressiver Steuervermeidung zu begegnen. Ebenfalls begrüßenswert ist die von den EU-Staaten angestrebte Erstellung einer gemeinsamen Liste von Drittstaaten, gegen die steuerrechtliche Bedenken bestehen oder die bisher nicht beim Datenaustausch kooperieren. Durch diese zusätzliche Transparenz soll der öffentliche Druck auf Offshore-Finanzplätze mit dem Ziel verstärkt werden, diese zu Gesetzesänderungen zu bewegen.

4. Der Landtag begrüßt, dass der Hessische Finanzminister die Auswertung der "Paradise Papers" angeboten hat, um diese steuer(straf)rechtlich zu würdigen und erneut einen wichtigen Beitrag für mehr Steuergerechtigkeit zu leisten. Damit nimmt Hessen wie schon bei der Auswertung der "Panama Papers" eine Vorreiterrolle im Kampf gegen internationale Steuerkriminalität und -vermeidung ein. Der Landtag hält die Sondereinheit aus Bediensteten der OFD Frankfurt sowie Steuerfahnderinnen und Steuerfahndern, in der fachliche Expertise und technische Ausrüstung gebündelt sind, und die eng mit dem Bundeskriminalamt und der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt zusammenarbeitet, für vorbildlich. Er ist überzeugt, dass eine Ausweitung dieser konstruktiven Zusammenarbeit auch bei der Aufbereitung der "Paradise Papers" der richtige Weg ist. Er begrüßt zudem, dass die schlagkräftige hessische Steuerverwaltung im Rahmen des Doppelhaushalts mit der Erhöhung der Zahl der Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer um weitere 100 Stellen und der Einstellung von jeweils 700 neuen Anwärterinnen und Anwärtern in den nächsten beiden Jahren noch weiter gestärkt wird.
5. Der Landtag begrüßt weiterhin, dass aufgrund hessischer Initiativen bereits mehrere Maßnahmen umgesetzt wurden, um den internationalen Steuerbetrug und aggressive Steuervermeidung einzudämmen. So zielt beispielsweise die ab 2018 geltende "Lizenzschranke" zur Eindämmung von Lizenzboxen darauf, den wirtschaftlichen Nutzen aus Patenten in dem Land zu versteuern, in dem tatsächlich geforscht und das entsprechende Patent entwickelt wurde. Die Bereitstellung einer forschungsfreundlichen Infrastruktur wird aus Steuergeldern finanziert und begünstigt Forschung und Entwicklung in privaten Unternehmen. Die hieraus entstehenden Erträge dürfen nicht durch Gestaltungsmissbrauch dem Gemeinwesen entzogen und in Niedrig-Steuer-Länder verlagert werden. Der Landtag begrüßt ferner die hessische Initiative zur Reform der Grunderwerbsteuer, mit der sogenannten "Share Deals" begegnet werden soll, damit Großinvestoren bei millioenschweren Immobiliengeschäften nicht durch Gestaltungsstrukture Grunderwerbsteuer vermeiden können.

Wiesbaden, 14. November 2017

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)